

Erstpreis Geld
 ...
Bezugspreis
 monatl. 50 Pf. ...
Die Neue Welt
 ...
Schriftleitung:
 ...

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfuch, Peltich-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Der Generalstreik.

Brüssel, 14. April. Der Umfang des Generalstreiks entspricht vollsten Erwartungen. In den großen wallonischen Industriebezirken Vervins, Charleroi und Lüttich gibt es allein etwa 200 000 Streikende. Die Gesamtsahl der Streikenden im Lande übersteigt bereits 350 000. Am Dienstag treten neue Massen in den Ausstand. Die Ruhe ist vollkommen gestört.

Das ist die stolze Volksgast, die die belgische Arbeiterklasse der ganzen Kulturwelt vorführen kann. Der für den gestrigen Montag angelegte Generalstreik ist im ganzen Lande glänzend zur Tatsache geworden. Das bedeutet eine Kraftleistung von unerhörter Größe! Denn es handelt sich hier nicht um einen wirtschaftlichen Kampf, aus dessen Ziel vielleicht höhere Löhne oder längere Arbeitszeit winkt, sondern das gewaltige Opfer und die Einseitigkeit der Ergiebigkeit von Hunderttausenden geschieht

zu einem politischen Zwecke.

Die belgische Arbeiterklasse streift für das gleiche Wahrecht. Die industrielle Entwicklung hat die Arbeiterklasse wirtschaftlich zum wichtigsten Faktor des Landes erhoben, während das Herital angehängte politische Regiment den Besitzenden und Privilegierten die politische Macht vorbehielt. Schon einmal erzwang bekanntlich 1888 ein Generalstreik eine Verfassungsrevision, die zwar das allgemeine Wahlrecht vorsetzte, aber „Reaktionen“ gegen zu weit gehende Demokratisierung“ in Form von Pluralismen für die Wähler einführte. Zuletzt besaßen 988 000 Wähler je eine Stimme, während 704 000 Besorrechtigte 1 718 000 Stimmen abgeben konnten. Diese Zweidrittel alle Stimmen, die die Privilegierten besaßen, schalteten das eine Drittel der Stimmen, die die Arbeiter abgaben dürfen, politisch für alle Zeiten aus der Wahlrechtscheidung aus. Die Arbeiterklasse hat alle Mittel angewendet, um eine weitere Verfassungsrevision im Sinne des gleichen Rechts zu erzwingen. Ein zweiter Streikversuch blieb erfolglos, auch das Zusammengehen mit den Liberalen bei den Wahlen war ohne Wirkung. Es blieb schließlich für die Arbeiter keine andere Entscheidung, als sich entweder in das Los ewiger politischer Knechtschaft zu schicken oder zum letzten Mittel zu greifen, das der Arbeiterklasse geblieben zum

politischen Massenstreik,

der diesmal die ganze Klasse umfaßt. Die Provokationen durch Regierung und Parlament sind bekannt, ebenso der gemeine Betrug, den die Gewalttäter durch „die Geste eines Scheinvernehmens“ unternahmen, der jedoch bald das brutale Eingreifen der Täuschung folgte. Nun war das Maß der Geduld bis zum Rande voll. In beunruhigend wüthiger Rufe und Schallgeschrei wurde der Generalstreik vorbereitet. Hier erfüllt sich wieder das Wort, daß in großen geschichtlichen Kämpfen die Arbeiterklasse Kräfte und Kampfeslustenden entfaltet, die beispiellos sind. Der Vorbereitung wird das Durchhalten entsprechen. Eine solche Kraftleistung kann nie versagen, selbst wenn sie noch nicht unmittelbar das Ziel des gleichen Rechts erzwingen sollte. Denn klar ist ja wohl allen, daß das gleiche Wahlrecht der Arbeiterklasse nicht als letztes Glied aller menschlichen Kultur gilt, sondern immer nur als Waffe im Kampfe für wirtschaftliche Gleichberechtigung. Gleiches Wahlrecht bedeutet nur Demokratie, aber gleiche Anteilnahme aller an den wirtschaftlichen und kulturellen Gütern der Menschheit bedeutet Sozialismus. Die Arbeiter sind Sozialdemokraten; sie stellen sehr richtig das Wort Sozial dem Worte Demokratie voran. Durch die Demokratie soll der Sozialismus verwirklicht werden. Durch gleiches Wahlrecht will die Arbeiterklasse die politische Macht erobern und mit ihr die Schätze der Natur und die Produktionsgüter der Menschheit in Allgemeinbesitz überführen. Auf dem Wege zu dieser Erklärung der schaffenden Menschheit aus wirtschaftlicher und sozialer Knechtschaft sind alle Kämpfe nur Etappen. Sie müssen letztlich erobern, die den Kampf größer und wüthiger machen können, vor allem aber müssen sie die Kampfstrategie der Arbeiterklasse haben. Das der belgische Generalstreik — gleichviel wie er zunächst ausläuft — das in gewaltigem Maße bewirkt wird, ist zweifellos. Nur der Kampf schließt Allgemeinwohl und die Arbeiterklasse mächtiger und mächtiger — es kommt der Zeitpunkt, wo ihre Kraft unwiderstehlich wird. In diesem Augenblicke schon das gleiche demokratische Recht erkämpft worden, so geschieht die letzte gesellschaftliche Umwandlung in sozialer,

friedlicher Weise. Sind keine demokratischen Formen verwirklicht, so hat die herrschende Klasse zu entscheiden, ob sie sich friedlich der ehernen geschichtlichen Notwendigkeit beugt, aber mit Gewalt und Blutvergießen ihre Herrschaft um einige Tage (geschichtlich gesprochen) verlängern will. Die Arbeiterklasse erfüllt ihre historische Mission — so oder so.

Daß im industriellen Belgien die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sehr weit vorgeschritten sind, wird allerorts erkannt. Diese Kämpfe sind Muster für andere Staaten. Man denke nur an Preußen. Auch hier sind für alle Mittel erschöpft, die zur Erregung des gleichen Wahlrechts führen können — mit Ausnahme des Massenstreiks. Dem stärksten Druck der Streikendemonstrationen ist das Verfassungsrecht nicht um einen Zoll gewichen. Im Gegenteil: die realen Wünsche haben sich noch mehr verhärtet und verpoignantiert. Und doch wird auch bereitwillig in Preußen die Eröberung des gleichen Wahlrechts zur geschichtlichen Notwendigkeit, die die Arbeiterklasse durchsetzen muß. Diesem Zeitpunkt treten wir näher und näher — weshalb wir die gewaltige Kraftleistung unserer belgischen Arbeiterbrüder mit freudigster Hoffnung begrüßen. Während wir in vier Wochen unter dem erdärmlichen Joche des Dreifaltigkeitswahlrechts wählen sollen — das noch viel schlechter ist als das belgische Pluralrecht! — erobern sich unsere belgischen Brüder vielleicht das gleiche Wahlrecht. Während bei uns der Wahlkampf nur dumpfes Grollen aber keine lobende Begrüßung ausstößt, stammt in Belgien das Kampfesfeuer in Herz und Hirn der ganzen Arbeiterklasse. Hunderttausende setzen dort ihre Kräfte für gleiches Wahlrecht ein, ohne dem Kampfe allzusehr, was die kapitalistische Gesellschaft dem Proletariat gelassen. Wahrhaftig, hat Ehrfurcht vor dem unerlöschlichen Sozialismus der Arbeiter! Er ist der Jungkern der Menschheit.

Die denkenden Arbeiter aller Länder begrüßen hoffnungsvoll den Kampf ihrer belgischen Brüder. An Unterstützung werden sie es nicht fehlen lassen, denn ihre Sache ist die Sache der ganzen Menschheit. Ihr Sieg wird das Fortschritt der Demokratie überall befördern. Der Entschluß aller Kämpfe ist der internationale Sozialismus!

Aus Belgien wird uns geschrieben: Mit fieberhafter Anstrengung ist gearbeitet worden, um den Generalstreik wüthig und geschlossen durchzuführen. Die Organisation der Unterstützungen, der Nahrungsmittelversorgung, der eigenen Ordnungspolizei zeigen in der Tat, daß die Arbeiterklasse einen Sozialismus im Sinne der Welt hat. Heißer werden Schritte gewendet und haarscharfe Leistungen vollbracht.

Besondere Beachtung verdienen die Versuche, die in verschiedenen Städten unter Leitung des Bildungsausschusses unternommen worden sind, um den Streikenden in ausgiebigem Maße Bildungs- und Erholungsgelegenheiten zu verschaffen. In Brüssel zum Beispiel wird folgendes geschehen: In jedem der sechs Wahlkreise Groß-Brüssels wird ein Befestigung eingerichtet, in dem die Streikenden unter anderem die Zeitungen werden lesen können; 400 Exemplare der wichtigsten bürgerlichen Zeitungen aller Schattierung und ebenso viele von den Tageblättern der Arbeiterpartei werden dazu täglich gebracht werden. In allen Vororten werden für die Dauer des Streiks Filialen der Zentralbibliothek errichtet, die den ganzen Tag geöffnet bleiben werden. Auf einen durch die Parteipresse veröffentlichten Aufruf hin machen etwa fünfzig Personen Spenden, davon elfliche in der Höhe von 200 bis 500 Franken. Diese Bücher werden zum Teil unter den Streikenden verteilt, die die für sie eingerichteten Vorträge besuchen, ausgeliefert werden zum übrigen Teil werden sie als Freie für die „Sieger“ in den Sportwettkämpfen und Volksspielen dienen, die täglich stattfinden werden. An jedem Vormittag werden in zehn verschiedenen Vorträgen, an jedem Nachmittage in vier der größten Säle der Stadt Konzerte und Festausführungen veranstaltet. Für diese Konzerte haben mehr als sechzig Künstler ihre Mitwirkung zugesagt. Außerdem finden jeden Tag unter fachverständiger Führung Museenbesuche und Ausflüge für Fußgänger und Radfahrer statt. Drei Sportplätze werden nachmittags von den verschiedenen Arbeiterparteivereinigungen für ihre Übungen und Wettkämpfe benutzt werden; die eigentlichen Volksspiele werden ebenfalls jeden Nachmittags auf dem Rajen von vier in der Höhe der Stadt gelegenen Parks stattfinden. Und damit alle Nichtsportler zu ihrem Rechte kommen, hat ein freundlich gestimmter Volksspieler der Umgebung seinen großen Rüstschiff den Streikenden zum Angeln zur Verfügung gestellt.

Ganz anderer Art sind die Vorbereitungen, die dieser Tage von Seiten der Regierung und der Behörden getroffen worden sind. Am Freitag und Samstag sah man überall auf der Straße und im Bahnhofs-Abteilungen Militär und Gendarmerie in Feldausrüstung auf dem Wege nach ihnen für die Streikzeit zugewiesenen Standorten. Der größte Teil der Armee ist in den Mobilisierung und Industriebezirken der wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich zusammengezogen und zum größten Teile in Schulgebäuden einquartiert, so daß in vielen Orten auch die Schulkindern — besitzer mühen. In jedem Regierungsbezirk ist ein militärischer

„Streikrat“ (Conseil de Grève) konstituiert worden, der aus einem kommandierenden General der Armee, dem Bezirkskommandanten des Gendarmeriebezirks und dem Bezirksgouverneur besteht. Diesen Streikräten untersteht die Organisation des militärischen „Schutzes“ der „Ordnung“ und der „Freiheit der Arbeit“. In den meisten größeren Orten ist auch die sogenannte Bürgergarde, die bereitwillig der Bourgeoisie, unter die Waffen gerufen worden.

Die liberalen Bürgermeister von Brüssel, Antwerpen, Gent und Lüttich — dieselben, die vor fünf Wochen von dem Kabinettschef mit seinen Versprechungen einer Konzeption so schön an der Nase herumgeführt worden sind — haben Verhandlungen veröffentlicht, die eine wahre Probezeitung und eine Verhöhnung der Arbeiterkraft bedeuten. Diese liberalen Herren, die damals nicht einmal zu einem Wort des Protestes gegen den Vorbruch des Kabinettschefs den Mut fanden, gehen jetzt mit geradezu preußischer Scheinigkeit gegen die Arbeiter vor, die von ihrem Streikrecht Gebrauch machen wollen. Die Arbeiter in Gemeindefunktionen werden mit sofortiger Entlassung bedroht, falls sie freieren oder auf irgendeine Art — wie etwa Herumgehen von Sammelstellen — ihre Sympathie mit den Streikenden bekunden. Den Arbeitswilligen wird ein besonderer Schutz zugesagt; die Arbeiter, die Streikbruch verüben wollen, werden eingeladen, sich bei der Polizei zu melden, damit sie wirksam gegen den „Perfidismus“ der Streikenden geschickt werden können.

Alle diese provokativen Maßregeln haben insofern bis jetzt ihre Wirkung auf die Streikenden verfehlt. Nur an zwei oder drei Orten kam es am Sonntag nachmittag oder abend, als die Arbeiter Feierabend machten und — wie überall in den Kleinrentieren — ihre Werkzeuge mit nach Hause nahmen, zu kleinen Zwischenfällen, die die liberale Presse vergeblich in bedeutungslose Ereignisse auszubilden versucht.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 15. April 1913.

Die deutsche Auslandspolitik.

Reichstagsbrief, C. B. Die allgemeine Erzählung des Staats des Auswärtigen Amtes pflegt eine große Anziehungskraft auszuüben. In diesem Jahre waren nur die Erzählungen der einigermassen heilig. Der Saal hielt den ganzen Tag über ziemlich leer, und nur wenige Abgeordnete folgten den Ausführungen der Redner vom Regierungstische und aus dem Hause. Das liegt sicher zu einem großen Teil daran, daß bei der Militärdebatte schon eine Reihe wichtiger Punkte der auswärtigen Politik vorweggenommen worden sind. Herr Jäger bleibt über diesen Gegenstand noch Interessanter und Wertvolles genug zu sagen, und auch die Debatte am Montage hat dafür den Beweis erbracht.

Von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes läßt sich das freilich nicht behaupten. Herr v. Jagow feierte sein erstes Auftreten in einer öffentlichen Reichstags-Sitzung, nachdem er bisher nur in der Budgetkommission sich vorgezeigt hatte. Auf der Tribüne des Reichstags war er noch schüchtern und ängstlicher, als er in der Kommission gewesen war, und mit kaum vernehmbarer Stimme las er einige in Telegrammstil abgefaßte Mitteilungen herunter, die sicherlich auch den Seiten des emsernterischen Reichstags keine erhellende Augenblicke gebracht haben. Als er einmal in Laufe der Rede ein Wort über die auswärtige Politik und die militärische Anstrengung vollbracht hatte, schloß ihn, weil es ihm nicht mehr nach dieser überdürrigen Stellung, atmete er befreit auf und stürzte sich durch den Genuß süßen Wassers.

Gewisse Punkte sind mir midtlig genug, die wiedererregende Dürftigkeit dieser sonderbaren „Ausführung“ nur mit einigen wenigen Worten zu bemerken. Er wandte sich ausführlicher der Verteidigung der Auffassungen zu, die in ihrer Gesamtheit die sozialdemokratische Auslandspolitik darstellt. Die Befreiung der Balkanländer vom Joche der Türkei begrüßte er, wenigstens für die Zeit lediglich durch die Bundesgenossen des Deutschen Reichs verurteilt worden ist. Mit aller Entschiedenheit und mit den Gründen einer überlegenen Weltanschauung betrachtete er die Kabinettspolitik, die auch jetzt wieder, nach dem Kriege, in der eigenmächtigen Verteilung der Gebiete sich äußert, ohne Rücksicht auf die Völker, und nur in Anbetracht einer bestimmten Staatsaktion. Er stellte auch eine Reihe Eingelobungen auf — namentlich verteilte er die Rechte des armenischen Volkes und der in Kurdistan unterdrückten Juden. Auch die Anerkennung der chinesischen Republik forderte er. Seine Ausführungen mündeten in ein ausführliches Programm der internationalen Verständigung zwischen Deutschland und England und Frankreich, wobei er allerdings die Eingriffe der preussischen Bürokratie zu beklagen hatte, wie sie sich erst jetzt wieder in den Maßnahmen des Magdeburger Polizeipräsidenten geäußert haben.

Nach dem Fürsten Löwenstein, der die Meinung des Zentrums zum Ausdruck brachte, daß man die Anerkennung der chinesischen Republik doch nicht vermeiden könne, kam der Nationalliberale Herr v. Richter auf dem Worte. Aus seinen Ausführungen seien besonders die Bemerkungen hervorgehoben, die er aus persönlicher Kenntnis der Dinge über die Auswahl der deutschen Diplomaten machen konnte. Staatssekretär v. Jagow fand dann noch einmal einige zaghafte Worte, um über China nichts zu sagen, so daß sogar der Reichspräsident Rediger ihn dochmal, mit der Anerkennung der

Jungen Republik alsbald zu götzen Die Sitzung beschloß eine nicht übermäßig ausgedehnte Rede des Zentrumsführers Eraberger.

Gescheit und hinausgejagt!

Der Präsidentschaft des französischen Politikers Compeze-Morel durch die Polizei in Magdeburg ist in Braunschweig die Ausweisung erfolgt. Die Braunschweiger Polizei lauzerte dem angefahrenen französischen Volsführer auf dem Bahnhofs auf und ließ ihm sofort einen Ausweisungsbefehl ausstellen. Schon mit dem nächsten Zuge mußte der französische Volsvertreter das erdmüde Landchen verlassen. Aber für Volsvertretung, internationale Verhandlung und Frieden wirken, den Innebel der Polizei- und Militärhaft und wirft ihn gewaltfam hinaus! Die preußisch-deutsche Ehre ist gerettet.

Daß diese Gewalttätigkeit von der Regierung angeordnet sind, bestätigt folgende Erklärung: Das Polizeiverbot, durch das der französische Deputierte Compeze-Morel am Sonntag verhindert wurde, in den sozialdemokratischen Versammlungen in Magdeburg zu sprechen, oder auch nur in denselben zu verweilen, ist nicht auf die Initiative des Magdeburger Volspräsidenten zurückzuführen, sondern auf eine Weisung von Ministerium her.

Es ist also kein „Nüßgriff“ irgendeiner Polizeieinstanz, sondern wohlüberlegtes preußisches System. Wenn die ganze Welt mit Beachtung auf dies Herrschaftssystem herabsieht, so ist das gut begründet. Wann wird sich das preußische Volk aufraffen, um einen Kulturstaat zu schaffen?

Fortbildungsschule gegen Sozialdemokratie.

Der Zweck der ländlichen Fortbildungsschule, wie sie jetzt in den westlichen Provinzen Preußens eingeführt werden soll, wurde in der Monatszeitschrift des Reichsausschusses mit anerkennenswerter Offenheit von dem Oberjunker Rabe von Pappenheim enthüllt. Um das Zentrum darüber zu beruhigen, daß die Konzeptionsarbeiten das geforderte Wohlstand nach Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts aus Opportunitätsgründen nicht mitmachen, erklärte Herr v. Pappenheim, daß man ja für nichtobligatorische religiöse Unterweisung das möglichste tun werde, denn der Hauptgedanke bei der Errichtung dieser Schulen sei die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen. So soll also wieder einmal eine von den Staatseigenen errichtete und erhaltene Einrichtung ausschließlich im Volsinteresse der Heimen bestehenden Kinderarbeit der Wohlstandsbefürworter verordnet werden, um gelegentlich im Gegenstande das Erwerben der Landarbeit zu schaffen. Für diese blühende Auffassung der ganzen Situation in Preußen sind wir Herrn v. Pappenheim gerade jetzt besonders dankbar, denn seine Worte werden in der Landtagsdebatte sehr wohl ihre Rolle spielen! Genosse Leinert hatte vorher schon um Abschaffung des Gesetzes durch die meingen Volsvertreter im Reichsausschusse aus dem halbschicksaligen und aus dem gegen die Dänen gerichteten ausnahmsermächtigten Charakter des Gesetzes beklagt.

Bei einer Petition einer Beamtenorganisation gegen polizeiliche Eingriffe in das Vereinigungsrecht der Beamten — die Petition insipide an das Vorgehen des Volspräsidenten v. Jagow gegen den Berliner Feuerwehverein an — hatte die Mehrheit nochmals Gelegenheit, ihre Beamtenfreundlichkeit zu beweisen. Der Vorschlag fiel natürlich negativ aus, ebenso wie bei einer Petition um das passive Gemeindegewaltrecht für die Volschullehrer. Beide Male fand sich eine Mehrheit, die die Viten der Beamten vor der Regierung als nicht alzu begründet erklärte.

Am Dienstag beginnt die dritte Lesung des Staatshaushaltsgelezes.

Die Polizeitaten im Dreiklassenhaufe.

Endlich ist gegen die Genossen Worchardt und Leinert der Revisionstermin vor dem Reichsgericht angesetzt worden, und zwar auf den 23. April 1913.

Am 28. September 1912 hat bekanntlich das Landgericht I zu Berlin den Genossen Worchardt auf 100 Mk. und den Genossen Leinert auf 50 Mk. wegen angelegenen „Hausfriedensbruchs“ und „Bleichens gegen die Staatsmacht“ verurteilt. Es handelt sich um die Affäre im preußischen Abgeordnetenhaus vom 9. Mai vor J. Damals wurden, wie einmütlich auf Geheiß des inzwischen verstorbenen Reichspräsidenten v. Cetta ein Polizeileutnant und vier Schutzeleute in das Haus beordert, um den Abg. Worchardt zu entfernen, wobei sie auch handgreiflich gegen Leinert wurden. Trotzdem wurde nicht Anklage erhoben gegen die Polizeibeamten, sondern gegen die beiden Volsvertreter. Schon die Strafammer hat es sehr schwer gefunden, ihr Urteil zu begründen, und hat dazu nahezu zwei Monate gebraucht. Gleich nach Empfang der Begründung, also Ende November vor J., haben die beiden Beurteilten Revision eingelegt. Der Reichs- und nun volle erste Senat verurteilt. Jetzt erteilt sich das Reichsgericht in der Sache ein Vermerk zur Verhandlung über diese Revision anzusetzen. Es muß sich also die Sache sehr gründlich überlegen haben. Man wird ja sehen, ob dieser gründlichen Vorbereitung auch die Verhandlung und das Urteil entsprechen werden. Auf alle Fälle muß die Verhandlung gerade noch rechtzeitig, um uns im preußischen Landtagswahlkampfe Dienste zu tun.

Deutsches Reich.

Die Lohnzahlung muß in Barmeld erfolgen. Das Organ der bairischen Regierung, die Karlsruher Zeitung, teilt mit, daß auf den Antrag des Reichsausschusses, die Arbeiter und Reichskassierer im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichslandwirtschaftersamtes in Reichshaus: Die Vohne der Arbeiter dürfen nicht in Reichskassierendiensten bestehen, sondern müssen in Reichsarbeit und bar ausgezahlt werden.

Die ersten Zusammenkünfte in Neu-Oreaner. Amtlich wird gemeldet: Die Abteilung der Neu-Oreaner Grenzexpedition, die vom Westo am Sanga aus in westlicher Richtung nach dem Sanga zu arbeitet, ist bei den dort lebenden Eingeborenenstämmen der Sanga-Gänge an erheblichen Schwierigkeiten gestoßen. Die zur Unterstützung der Expedition vom Karabiniam herbeigekommene 11. Kompagnie der Schutztruppe hat bei den Dörfern Skafabone und Dalong hartnäckigen Widerstand, wobei ein Soldat fiel und mehrere andere verwundet wurden. Nun werden bald genug wieder große und blutige Expeditionen gerüstet werden.

Reporter-Blattläster über die „fürstener“ Sozialdemokratie. Das Berliner Tageblatt druckte in seiner Freitag-Abendausgabe eine „Wohltätigkeit“ in, in der der Generalkorrespondent des Blattes behauptet:

Als dieser Tage der verstorbenen Fürst Heinrich XIV. in Schlesien, der Reichens des reichlichen Oberlandes, im vierlichen Gepränge zur letzten Ruhe geleitet wurde, liegen es sich auch das Schleier Gewerkschaftshaus und zahlreiche als Sozialdemokraten bekannte Einwohner nicht nehmen, die Plagen auf Salbmaß zu schlagen.

Und das Berliner Tageblatt freut sich schon des „Wannfrühens aus Berlin“, der halbamtlichen Genossen nun treffen wird. Das Wort ist dem Reichsausschusse zu danken. Zunächst gibt es in Schlesien kein Gewerkschaftshaus! Es gibt nur ein Vols, in dem die Schleier Arbeiterorganisationen ihre Versammlungen abhalten, in dem aber auch bürgerliches Volsbuch besteht. Und wenn der Wirt dieses Vols als für nicht hielt, seine monarchische Genehmigung am Sachmal zu demontieren, so ist das seine persönliche Angelegenheit, die mit der reichlichen Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hat. Vielleicht ist er's auch nur, um seine Feindesarbeiten zu sühnen, — eine in Schlesien verhängliche Vorrichtung. Und die übrigen „zahlreichen als Sozialdemokraten bekannten Einwohner“? Vielleicht brauchte sie der Korrespondent zur Verhöhnung seiner Partei.

Und weiter erzählt der Korrespondent noch ganz atemlos vor Aufregung: „Die sozialdemokratische Gewerkschaftsversammlung hörte den Nachruf des Oberbürgermeisters für den Fürsten so gar lebend an!“ Daß es stillschweigend geübte Gepflogenheit aller Parlamente ist, einem Toten

gewöhnere Gedächtnis lebend anzuhören, das braucht der eifrige Korrespondent nicht zu wissen. „Der erhoffte „Wannfrüh aus Berlin“ wird also ausbleiben. Aber wäre dem überflüssigen Korrespondenten nicht mit einem kalten Wasserstrahl gedient?

Deutscher Reich.

Wahlreform als Wahlrechtsfrage. Dem galizischen Landtag ist eine Wahlreform vorgelegt worden, die die beiden das Land beherrschenden Volsklassen, die Polen und die Ruthenen, verfahren und den Landtag aus etwas „demokratisieren“ will. Gegen diese schon seit Jahren verhandelte Wahlreform machen nun die Bischöfe, die dem Landtag kraft ihres Amtes angehören, Obstruktion. Was würde der Gründer des Christentums zu diesen Sitten sagen!

Blutige Militärjustiz. Im Herbst des vergangenen Jahres ließen sich 15 eichische Referendare in Jarubitz, die an die russisch-polnische Grenze geschickt werden sollten, um panslawistischen Kumbgebungen hinzugehen, wobei es auch zu einigen Akten von Mauterei kam. Das militärgerichtliche Verfahren ist nun abgeschlossen, und es wurden nach Verdicten der Prager ständisch-radikalen Presse 52 Referendare des 14. Dragomer-Regiments verurteilt: einer zum Tode (bereits vollstreckt), zwei zu 20, sechs zu 15 Jahren Kerker, die übrigen zu kürzerer Festungshaft.

Holland.

Änderung des Wahlgesetzes. Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat eine Vorlage als Volsgezet eingebracht, die bezweckt, das Wahlgezet derart abzuändern, daß die Wahlzeit, die jetzt von morgens 8 Uhr bis abends 5 Uhr dauert, bis abends 8 Uhr verlängert wird. Da die Wahlen in Holland, wie in den meisten Ländern mit überwiegend proletarischer Bevölkerung an Wochentagen gehalten werden, ist jetzt für viele Arbeiter das Wählen mit einer beträchtlichen Aufopferung an Zeit, d. h. an Lohn, verbunden. Zwar bestimmt das Gesetz, daß jeder Unternehmer seinen wahlberechtigten Arbeitern eine Stunde während der Wahlzeit freizugeben hat; es versteht sich aber von selbst, daß mancher Arbeiter sich zu abhängig fühlt, um diese eine Stunde zu fordern. Das Volsgezet bezweckt nun, diesem Uebelstande abzuhefen, indem es die Wahlzeit über die Arbeitszeit hinaus verlängert. In ihrer Begründung hat die Fraktion ausdrücklich hervorgehoben, daß sie die Erleichterung der Vorlage noch vor den im Juni stattfindenden Generalwahlen erwartet. Die Einreichung der Vorlage beruht auf einer Anregung des letzten Parteitagetages.

Spanien.

Das Attentat auf König Alfonso kommt den Reaktionsären allenthalben natürlich für eine Aaraktion und Sozialistenhebe sehr gelegen. Man gerät sich in diesen Kreisen anerkennend und aufgeregt darüber, daß nach Canalejas Lösung vorgenommene „Volsreform“ sich als unzulänglich erwiesen habe, und stellt die maßlosten Forderungen auf. Demgegenüber wirkt die Ruhe angenehm, mit der der Ministerpräsident die Sache behandelt. Er erklärte, die Regierung hätte alle erdenklichen Vorkehrungen bei der Truppenparade getroffen. Er selbst habe, wie schon bei früheren Gelegenheiten, anonyme Anzeigen erhalten, welche auf die Möglichkeit eines schlimmen Vorkommnisses hindeuten. Graf Romanones fügte hinzu: Denjenigen, welche die sofortige Einrichtung des Attentaters verlangen und uns auffordern, Verfolgungen und Unterdrückungsmaßregeln zu treffen, erwidere ich, daß die liberale Partei ihren Lebensleistungen entsprechend regiert, im Sinne des Gesetzes, der Gerechtigkeit und der Freiheit. Wenn man die Lösung nicht als entsprechend ansehe und eine Unterdrückungsmaßregel von uns verlangen werde, so müge man es sagen. Wir werden dann zurücktreten und andern Platz machen.

Der außer dem Attentäter verhaftete französische Sprachlehrer Pad ist inzwischen in das Zellengefängnis gebracht.

Die Getreidebörse.

Eine Geschichte aus Chicago von Frank Norris.

Der Alte blühte auf. „Hier ist der Mann, von dem wir vorher sprachen, der Scannel, erinnern Sie sich? Können Sie sich noch auf Dave Scannel festhalten, wenn Sie ihn nicht sehen? Er ist jetzt ein reicher Mann. Erkennen Sie Scannel?“
Garqus blühte, mit den alten Zerkfugen blinzeln, über den Schreibtisch nach dem andern hin.
„Was soll das?“ rief Scannel. „Ich bin doch hier nicht ausgeht, doch ich. Ich — aber er wurde durch ein kurzes, schwarzes Streifen verurteilt, das er aus dem Hals gezogen hat.“
Der alte Mann sagte sein Wort: die Augen fest auf Scannel gerichtet, mit fliegendem Atem und zitternden, auf dem linken Sinne stehenden Fingern beugte er sich in seinem Stuhl weit vor.
„Ja, das ist er, Garqus“, sagte Jaddwin. „Sie und er, ihr hattet vor langer Zeit mal eine große Sache unternommen“, fuhr er fort und wandte sich plötzlich zu Scannel. In seinen Schößen begann das Blut zu pulsen. „Eine große Sache, und Sie haben hinter seinem Rücken verkauft.“
„Das ist eine Biigel!“ schrie Scannel.
Jaddwin schlug mit der geballten Faust auf die Stuhllehne. „Sie haben“, donnerte er, „hinter — meinem — Rücken — verkauft! Ich kenne Sie. Ich kenne die Worte Wilschauer, wie Sie einer nach. Sie sitzen bei dem armen alten Garqus die ganze Zeit von der Militärfestung der Leute hier gelebt, hat gearbeitet und gebungert, und jetzt sehen Gott weiß wie geistreich, jamohl, und dabei noch seine kleine Rinde erhalten. Und Sie. Sie haben in Ihren Klubs herumgelungert, haben sich auf Ihren Dampfmaschinen selbst und sind Ihren ausschaltenden Wächtern nachgelaufen — mit dem Gelde, das Sie ihm gestohlen haben.“
Scannels kleine Augen funkelten. Sie zum Sprunge auf den Gezzner bereit, lodte er in seinem Stuhl.
„Hören Sie“, sagte er wütend, „das las! Ich mir auch vom besten Mann nicht sagen, der je Schuldner trug. Hören Sie auf, verfluchte Sie! Hören Sie auf!“
Jaddwin schrie vor Jörn. Er ging zum Angriff über.
„Unterbrechen Sie mich noch einmal, herrliche er Scannel an, „und Sie werden den besten Mann dort in diesem Zirkel haben. Sie haben mit auszuheben und meine Befehle entgegenzunehmen. Dazu sind Sie heute hier. Wenn Sie glauben, daß Sie Ihren Weizen anderswoher bekommen können, so verfluchen Sie's nar.“ Scannel antwortete nicht, mürrisch lehnte er in seinem Stuhl. Dagegen, dessen Augen wieder unruhig umherzweifeln, sah er sich nach dem einen Mann dort in diesem Zirkel unter den Papieren auf seinem Schreibtisch gewandt hatte, nach einem Bild auf ein Blatt mit Notizen. Flüchtig drehte er sich rasch nach Scannel um und sagte schnell: „Sie haben

unser Firma zwei Millionen zu einem Dollar den Vufsel zu liefern.“
„Ich denke nicht dran!“ rief der andre. „Nur anderthalb Millionen.“
Jaddwin konnte ein Winkeln voll grimmigen Zorns nicht unterdrücken, als er sah, wie leicht Scannel in die Falle gegangen war.
„Gut, Sie haben unser Firma also anderthalb Millionen zu liefern“, wiederholte er. „Ich will Ihnen davon sechsmal hunderttausend zu einem und einem halben Dollar den Vufsel ablassen.“
„Ganz und einen halben Dollar! Aber großer Gott, Mann! Ich kenne gar keinen Vufsel! Sie sind Finger der hohen lobenden Hand — dann bin ich einfach bankrott — genau wie Sie sagten.“
„O nein, das sind Sie nicht“, entgegnete Jaddwin, während er sich zurücklehnte und seine Beine übereinanderlegte. „Ich habe genau ermittelt lassen, wie Sie finanziell stehen, Herr Scannel. Sie haben die besten Finger. Ich weiß, wie viel der Bruchteil eines Cents, was Sie verlangen können, ohne kaputtzu gehen.“
„Ach, es ist lächerlich. Diese Handvoll Weizen soll mich dreihunderttausend Dollar kosten?“
„Mürrig.“
Und jetzt sagte sich Scannel mit einem Male in das Lunge merkwürdig. Sein Gesicht war wie ein Stein geblieben, mit unerschütterlicher Ruhe so er sein Schicksal aus der Tasche.
„Schreiben Sie: Jaddwin an den Heberberger“, sagte Jaddwin. Scannel tat, wie ihm geblieben. Jaddwin nahm den Scheid und prüfte ihn sorgfältig.
„Nun passen Sie auf, Dave Scannel“, sagte er. „Sehen Sie diesen Scheid.“ Er hielt ihm Garqus in die Hand. „Und lesen Sie ihn.“ Er hinget. Damit ist das Kapital Ihrer Schuld abbezahlt.“
„Das Kapital?“
„Sie habe doch nicht die Zinsen vergessen, wie? Ich will Ihnen die Zinseszinsen nicht berechnen, denn das könnte Sie doch kaputt machen. Aber sechs Prozent Zinsen für dreihunderttausend Dollar sind achtundachtzigtausend bis fünfzig Tausend.“
„Schreiben Sie mir noch neunhunderttausend Vufsel Weizen.“ Er rechnete einen Augenblick auf einem Stückchen Papier. „Wenn ich Ihnen einen Dollar vierzig für den Vufsel berechnen, so kommt die Summe ganz genau heraus. Ja, das stimmt. Ich will Ihnen den Rest von dem Weizen für einen Dollar vierzig geben. Schreiben Sie dem Scheid wie vorher, Jaddwin an den Heberberger.“
Eine Stunde lang zeigte Scannel. Sein Gesicht war purpurrot geworden, und die Zähne knirschten aufeinander. Dann aber öffnete er die blauleute, von der Blut erpreßte Fläche murrend, sein Schicksal noch neuem.
„Danke“, sagte Jaddwin, als er den Scheid in Empfang nahm. „Danke“, sagte er, „für den Scheid, den Sie mir gegeben haben.“
„Nun“, sagte er, „ich habe Ihnen doch eben erst mehr als 'ne halbe Million gegeben.“
„Eine halbe Million?“ Jaddwin nickte. „Aber — mit zitternden Fingern zeigte er Jaddwin am Vorne — „nur ein Wort“, betonte er. „Ne, nur ja oder nein.“
„Haben Sie denn nicht genug an diesen beiden Scheid?“
„Diesen Scheid? Oh, ich weiß, ich weiß, ich weiß. Ich will Sie einlassen. Ja, im Illinois-Trust. Die rüber ist nicht an — die rüber ist nicht an — aber jetzt nur 'nen Heinen 2. k?“
„Nicht ein Wort! Nicht ein Wort! Nehmen Sie ihn mit, Jaddwin!“

Jaddwin reichte dem alten Mann den zweiten Scheid.
„Hier, Garqus. Verpacken Sie ihn gut. Sie sehen doch, was es ist, nicht wahr? Nehmen Sie hundert Dollar davon und kaufen Sie Lätze eine kleine goldene Uhr und sagen Sie ihr, sie käme von Curtis Jaddwin mit seinen besten Empfehlungen.“
„Was, Sie wollen gehen, Scannel? Ja, dann leben Sie noch mehr Herr, um es behalt“, rief er ihm nach, „werden Sie, bitte, nicht die Tür zu, wenn Sie hinausgehen.“
Aber er wich doch aus und hielt die Hand schwingend vor das Gesicht, denn die Glascheibe wäre beinahe aus ihrem Rahmen geblieben, als Scannel über die Schwelle zurück, Ganz ernsthaft und dabei mit den Augen zumifern, sagte Jaddwin zu Garqus: „Wenn Sie bei er Sie den Scheid geben.“
Das alte Männchen ließ die beiden Scheid, lächelnd durch die Finger gleiten. Furchtlos und zitternd blühte er zu Jaddwin auf.
„Ich — ich weiß nicht“, murmelte er leise. „Ich bin ein alter Mann. Das — das hier ist eine große Menge Geld, lieber Herr. Ich — ich kann nicht sagen, ich — ich weiß nicht. Ich bin ein alter Mann, ein alter Mann.“
„Werden Sie sie auch nicht verlieren?“
„Nein, nein. Ich will sie sofort im Illinois-Trust deponieren. Ich möchte bitten — ich möchte gern —.“
„Ich will Ihnen einen Kommis mitgeben.“
„Ja, ja, das ist's auch, was ich — was ich vorschlagen wollte. Aber ich muß gehen, Herr Jaddwin.“
Er begann seinen Dank zu sammeln. Aber Jaddwin schnitt ihm das Wort ab. Er hand auf und führte Garqus, die eine Hand auf dessen Schulter gelegt, zur Tür; von dort aus rief er einen Kommis aus dem äußeren Sektor herbei: „Begleiten Sie Herrn Garqus hinüber zum Illinois-Trust und stellen Sie ihm dort vor. Er will ein Konto eröffnen.“
Der alte Mann machte sich mit dem Kommis auf den Weg, aber noch die Türe hin schaute er wieder an seinen Schreibtisch gefest hatte, nur er schon wieder den Scheid war in den größten Aufregung, als ob er plötzlich auf einen großartigen Gedanken gekommen wäre. Mit der größten Heiligkeit und fortwährend über seine Schulden bildend, flüsterte er, die Hand vor dem Munde:
„Sie — Sie beherrschen — beherrschen jetzt den Markt. Können Sie mir nicht — k? Können Sie mir nicht — mit ein einziges Wort sagen? Ein einziges Wort genügt, k? Nur ein kleiner Tip! Mein Gott, ich könnte bis mittag fünfzig Dollar verdienen.“
„Aber, Mann, ich habe Ihnen doch eben erst mehr als 'ne halbe Million gegeben.“
„Eine halbe Million?“ Jaddwin nickte. „Aber — mit zitternden Fingern zeigte er Jaddwin am Vorne — „nur ein Wort“, betonte er. „Ne, nur ja oder nein.“
„Haben Sie denn nicht genug an diesen beiden Scheid?“
„Diesen Scheid? Oh, ich weiß, ich weiß, ich weiß. Ich will Sie einlassen. Ja, im Illinois-Trust. Die rüber ist nicht an — die rüber ist nicht an — aber jetzt nur 'nen Heinen 2. k?“
„Nicht ein Wort! Nicht ein Wort! Nehmen Sie ihn mit, Jaddwin!“

(Fortsetzung folgt)

Walhallä-Theater

Anfang 8 Uhr.

Hente Dienstag zum letzten Male: „Grosse Rosinen“.

Ab Mittwoch dem 16. April: Kurses Gastspiel der preisgekrönten Schönheiten

Timea und Djemmy Ravell

in ihrem Tausendrama

„Die Tempelschöndung“

409 Aufbehalten der Variété-Kreation!

Ausserdem: Neu! Zum ersten Male! Neu!
Der erfolgreichste neueste Schläger am Theaterbühnen!

„Juchens Flitterwochen“

Grosse Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.

Glänzende Ausstattung! Riesiger Lacherfolg!
Trotz dieser epochalen Doppel-Darbietungen:
Gewöhnliche Preise. Anfang: Prärie 8 Uhr.

Nur 5 Tage! Nur 5 Tage!

Vom 24. April bis 28. April:

Riesen-CIRCUS

Herm. Althoff | Halle,

Kronprinzenstrasse — Ecke Humboldtstrasse,

trifft mittels eigenen Sonderzuges hier ein, um während fünf Tagen hindurch

Circus-Vorstellungen

im allerfeinsten Sinne zu veranstalten. Ausser einem Heer der berühmtesten Künstler und Künstlerinnen aller fünf Erdteile, einem Korps de Ballett und einem niedrigen Marstall edelster Rassepferde wird eine stattliche Anzahl exotischer Tiere mit und im Circus Althoff ihren Einzug in Halle halten.

Die Darbietungen bilden die grösste Sensation des 20. Jahrhunderts.

Ausserdem ein noch nie dagewesenes

Kolossal-Programm

bei billigen Eintrittspreisen. *236

Achtung! Bitterfeld. Achtung!

Sozialdemokrat. Verein.

Mittwoch dem 16. April 1913 abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant „Hohenzollern“

General-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

*224 Der Vorstand.

Wittenberg. Gewerkschafts-Kartell!

Mittwoch den 16. bis. Mis. abends 8 Uhr
in Froudenbergs Etablissement:

Sitzung d. Gewerkschafts-Vorstände und Kartell-Delegierten.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Verwaltungs-Personen zur „Volksfürsorge“.
2. Wie fördern wir das Genossenschaftswesen.

Arbeiter, lernt Stenographie!

Ein neuer Unterrichtskursus in der Deutschen Volks-Schrift beginnt Donnerstag, 17. April, abends 8 Uhr im Bibliotheks-Saal des Volksvereins.

Unterricht unentgeltlich. Preis der Lehrmittel 2 M., für weibliche und jugendliche 1.50 M.

Anmeldungen bei Eröffnung und beim Vorstehenden
Wilk. Kleinlein, Barfüsserstrasse 11.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund, System Aread, Mittelbischhofstr. 896

Die Arbeiterjugend und ihre Welt.

Preis 50 Pfg. Porto 10 Pfg.

Jung Volk.

Ein Almanach für die arbeitende Jugend.

Preis 50 Pfg. Porto 10 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/43.

Abfahr-Geschäft, nur Kellerstr. 1.

empfehl ich zur Entloerung von Abort- und Aachen-Gruben zu bekannt billigen Preisen.

Emil Basse.

*227 Bestellungen werden auch nach 95 entgegenommen.

Der Wert von Milchlin 1 Liter 16 Pfg.

Ein 1 Liter Milchlin enthält

500

Währereinheiten mehr als für 1 Mark überderte Vollmilch.

100 Mark

able jeder Hausfrau, welche mit dem Stachelis erdriagt, daß meine Rahmungsmitel für 1 Mark folgende Nährwerteinheiten:

Schinken	585,0
Fettes Schweiflich	585,5
Schweinefleisch	585,1
Sehr fettes Schweiflich	714,5
Butter	858,3
Schmalz	1139,1
Vollmilch	1600

Milchlin 2060

In welchem Verhältnis steht der Nährwert von Milchlin zu demjenigen der Vollmilch?

Um das Verhältnis des Nährwertunterschiedes richtig beurteilen zu können, mögen folgende Analysen Beachtung finden:

Spez. Gewicht	Vollmilch	Milchlin
1,022 %	1,0430 %	
0,71 %	0,93 %	
Gesamtproteinstoffe	12,16 %	12,40 %
Gesamtzucker	3,60 %	3,65 %
Glukose	4,60 %	6,75 %
Fett	2,90 %	1,50 %
Leichtphosphor.		0,046 %

Wie aus vorstehender Spezifikation ersichtlich ist, besitzt Milchlin einen ganz bedeutenden Gehalt an Nährwert, die zum Aufbau des menschlichen Körpers von großem Werte sind. Nur an Fett enthält sie einen Teil weniger der Vollmilch weniger. Da jedoch selbst die Milchschicht sich über den Wert des Fettgehaltes in der Milch nicht einig ist, und teils für, teils wider derselben getrieben wird, in Milchlin aber alle anderen Bestandteile in denselben, ja in noch weit größerem Maße enthalten sind, so kann mit Recht gesagt werden, daß in die ein vollwertiger Ersatz für die Vollmilch geschaffen ist.

Hierbei mag noch besonders darauf hingewiesen sein, daß Leichtphosphor, welche auf das Körperwachstum einwirkt, zur Verbesserung des Blutes beiträgt.

Dr. Rossee, Braunschweig, Chemisch. Laboratorium,
gerichtlich vereidigter Sachverständiger.

Milchlin ist auf Grund der vorliegenden Untersuchungen ein vollwertiges, absolut reines Milchpräparat, welches einerseits durch seinen Gehalt an Maltose, Dextrose, Glukose und Zucker, andererseits an Phosphor (phosphorhaltigen Salzen) ein nicht zu unterschätzendes Nährmittel ist. Auch durch sein Gehalt an Lecithin und Lecithin-Phosphoride als wertvolle Substanzen, kann es als gutes Genuss- und Nahrungsmittel angesehen werden.

Die billigste Trinktut

Fragen Sie Ihren Arzt

unter Bezugnahme auf obige Zahlen-Angaben bezügl. des Nährwertes von Milchlin, es wird Ihnen sofort eine

: tägliche : Trink-Tut

empfohlen, noch dazu der Geschmack und die Bekömmlichkeit hervorzurufen ist.

Die Qualität von Milchlin darf auf keinen Fall mit der Qualität der von der Fa. Zingmann & Co. hergestellten Milchschicht verwechselt werden.

A. Knäusel,

8 Filialen. 390

Verlangen Sie bitte Probe gratis. Milchlin wird täglich frei Haus geliefert.

Bestellungen bitte in unseren Filialen abzugeben oder Telefon 1484 und 1482.

Stadt-Theater

in Halle.

Donnerstag den 16. April 1913:
210. Abnommen-Wort. 2. Viertel.
Stück: „Das 2. Mal.“

Jesuiten.

Schauspiel in 3 Akten von Joh. W. von Mens.
Kassenspi. 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.
Ende gegen 11 Uhr.

Donnerstag, den 17. April 1913:
212. Abnommen-Wort. 4. Viertel.
Stück: „Zum 4. Male.“

Theodor Körner.

Oper in 5 Akten und zwei Aufzügen (5 Bild.) v. Alfred Kalfer (Komponist von „Esterházy“).

Den verehr. Abonnenten des 3. und 4. Viertels zur gen. Kenntnisnahme, dass sich am Donnerstag 2. Freitag ein Untertan als notwendig erweist. Am Donnerstag findet die 212. Vorstellung (4. Viertel) statt, am Freitag die 211. Vorstellung (3. Viertel).

Apollo-Theater.

„Frang's“
von langjähriger Bühne:
Täglich abends 8 Uhr:
„Flieger-Liebchen“
Man schreit vor Lachen!

E. Rosches Restaurant,
Reinhardtstr. 7. 405
Mittwoch 8 Uhr - Abend.

Fahrräder

werden fachgemäß repariert, emailliert und vernickelt bei

Otto Hänisch,

Turmstrasse 156,
37 neuen und gebrauchten Fahrrädern sowie sämtlichen Ersatzteilen.

Franen +

Bei monatlichen Beschwerden helfen unsere Mittel

Dr. med. Ernst Geyer's

Monastrotropfen „Saluto“
Stärke 1 x 4,00 x 11 x 4,50 x
Für besonders hartnäckige Fälle Extra stark 5. x 8,00 x 10,00. Mit Garantiehehle. Bei Vorweisung d. Betrages: portofreie Lieferung. Nachnahme aber extra.

Fehl-Auskunft: **Wohamme,**
Arenal-Phosphorspritzen nur 3-7 x
Patent-Spülspitzen
wie sie sein sollen, enorm billig!
Einfache Spritzen nur 1,75 x
Bestellungsprisen nur 3-7 x
Gleich gute Qualität, nirgends billiger! Zahlen sofort!

Geld zurück!

Also kein Risiko! Diakreter Versand; Porto extra. Neueste Frauenartikel, Chirurg. Gummiwaren. Prospekt. Auskunft etc. bei Angabe des gewünschten Artikels gratis; verschlossen gegen 20 Pfg. Briefmarken.

Vertreib. mediz. Haushalten:
Dr. med. Ernst Geyer & Co.
Halle (S.), Augustastr. 11.
Ab 1. Mai: Leipzigerstr. 11.
Cing.: Kl. Sandberg.

Partelschriften empfindlich
Vollbuchdruck.

Ernst Karras jun.,

4 Leipzigerstr. 4,
empfehl in neuesten Muthern

:: Spazierstöcke ::

von Malakkarohr, Zuckerrohr, Ebenholz mit Silbergriffen.
Sarge und lange Tabakgehäusen.
Zigarren- und Zigarettengehäusen in aller Art, in Metall, in Holz, in Leder.

Böttcher-Waren

dauerhaft
12 und 14 Zoll.
F. Heidebock, Kleine Marktstr. 12 und 14, Harzstr. 5, 38
Kabatmarken.

Um dem geehrten Publikum Gelegenheit zu geben, sich von der Güte meines

Kakaos

zu überzeugen, veranlasse ich den mich besuchenden Käufern am

Mittwoch, 16. April,
in meinem Hauptgeschäft Breitestr. 1, am
Donnerstag, 17. April,
in meiner Filiale Leipzigerstr. 61 und am
Freitag, 18. April,
in meiner Filiale im Roten Turm, eine Probetaste

Kakao.

Ich bitte um geneigten Besuch

Karl Booch, Schokoladenfabrik.

Geschäfts-Übernahme.

Hierdurch beehre ich mich der geehrten Nachbarschaft mitzuteilen, dass ich das väterliche Fleischer-Geschäft am 15. April d. Js. übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Hermann Wehrmann,

Wörmlitzerstr. 105.

Rind- u. Schweineschlächtere.

401 H. Wurstwaren aus reinem Schweineguel.

Reichel's berühmter

Wacholder-Extrakt „Medico“

ein vollkommen natürliches Blutreinigungsmittel und alles reiches und vertrauenswürdiges Hausmittel von erprobter Wirkungskraft, das nach vielen Erfahrungen die auf die innere Organe der menschlichen Natur ausübt. Haupt an der Bekämpfung der verschiedensten Krankheiten bei Rheumatismus, Schiess, Gliedererschmerzen, Säurehoden, Magen-schwäche, Erkältungen, Sülzen und Brustleiden verbunden mit Stenose (Hämorrhoiden), insbesondere auch bei Gicht und Hämorrhoiden anzuwenden. *216

Stetsmals offen ausgewogen, garantiert rein und unverfälscht nur in Flaschen mit Wacholder-Extrakt-Mark. 1.50, 2.50 und für innere Gebrauch große Flasche (je 70 Pfg.) (Leberreinigungsmittel 75 Pfg.).

Bei Befragungen (auch die Marke „Medico“, die alleinige Schutzmarke) ist zu beachten.

In Halle und Umgegend erhältlich in den bekannten Drogerien.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 15. April 1913.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Dienstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspark, eine Sitzung der Funktionäre nach § 12 der Vereinssatzungen statt. Die Diskussionsfrage nach dem Erfinden verbindet sich, haben ihren Stellvertreter zu entsenden. Der Vorstand.

Ausfall zur Landtagswahl!

Zur Einleitung des Landtagswahlkampfes in Halle-Saalkreis soll eine für Männer und Frauen bestimmte Wählerversammlung Stellung nehmen, die am Donnerstag, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Volksparks stattfinden. Verlagsabgeordneter Genosse Dr. Herzfeld-Berlin wird über das Thema:

Dreiklassenwahlen — Wahlkreisfrage

sprechen. Der scharfe Protest gegen die dreiklassige Vergewaltigung des arbeitenden Volkes kann nur durch Massenbesuch der ersten Wählerversammlung und Massenteilnahme an der Wahl zum Ausdruck gebracht werden. Auf zur Versammlung!

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zu dem Hauptthema der Tagesordnung der Sonntagsruhe lagen einige Petitionen vor, die einfach dem Referenten übergeben wurden. — Eine Petition, die die Straßensanierung mit Preisgarantie auszusichern, wurde dem Petitionsausschuß überwiesen.

Es sollte nun die Behandlung einer heißen Sache folgen, die Stadt. Döbler und Gen. durch eine Interpellation an den Magistrat zur Sprache bringen wollte. Die Interpellation lautet:

„Bei Beratung des Etats der Oberschule am 3. Februar wurde vom Stadt. Döbler eine Anfrage an den Magistrat gestellt, die Vorgänge an der Schule, speziell über Herrn Direktor Schötte zu betreffen. Vom Magistrat konnte eine Auskunft nicht erlangt werden, nur eine nähere Untersuchung des angeführten Falles zugesagt werden. Da hier ein allgemeines Interesse vorliegt, so wird hierauf an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob eine Untersuchung stattgefunden hat, und wenn diese abgeschlossen, welches Ergebnis herausgekommen ist.“

Der Oberbürgermeister sagte die sofortige Beantwortung zu, doch wurde die Besprechung dieser Angelegenheit in die geschlossene Sitzung verlegt.

Eine bemerkenswerte Debatte schloß sich an den von uns gemachten Vorschlag des Magistrats wegen der bevorstehenden großen pädagogischen Bauten die Stelle eines Stadtbauinspektors neu zu schaffen. Der Bauausschuß hatte dem zugesagt unter der Bedingung, daß der Beamte in eine Privatarbeit übernehme dürfe, was vom Magistrat für selbstverständlich erklärt wurde.

Stadt. Emmer war nun der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, neben dem Stadtbauinspektoren Quambusch einen weiteren Baumeister mit gleichen Rechten anzustellen. Das habe Gehalt des neuen Baumeisters hätten wir noch zu der hohen Pension des Stadtbaurats Sachartz, der die Verhältnisse aller Bauten verstanden habe, zuzurechnen. Das müßte hier einmal nicht schiefgestellt werden. Aber eine Stelle zu schaffen, die den sehr wichtigen Stellvertreter des Stadtbaurats, Herrn Quambusch, übergeordnet ist, halte er nicht für nötig. Sollte man den Herrn nicht abwandern lassen, so brauche man höchstens einen Baumeister neben ihm.

Stadt. Döbler wollte, daß man nur vorübergehend einen Architekten zur Bewältigung der großen Bauten anstelle.

Der Oberbürgermeister meinte demgegenüber, daß im Laufe der Jahre sich die Arbeit ganz von selbst zu steigern würde, daß die neugeschaffene Stelle auch beibehalten werden müsse. — Auf die Bemerkungen Emmers, daß man den tüchtigen Baumeister Quambusch besetzte dränge, ging der Oberbürgermeister nicht ein!

Schließlich wurde die Vorlage mit Mehrheit genehmigt. Wie gelegentlich von Stadtverordneten private Interessen im Stadtparlament vertreten werden, zeigte die Auseinandersetzung über ein vom Magistrat vorgeschlagenes Enteignungsverfahren für Gelände an der Alten Promenade. Der Bankier Heinrich Fischer hat auf seinem Grundstück Alte Promenade Nr. 26 einen Neubau errichtet. Nach der fehlgegangenen Baufälligkeit entstanden von dem Grundstück circa 2 Quadratmeter Land zur Straße. Der Besitzer fordert hierfür eine Entschädigung von 280 Mk. pro Quadratmeter. Dieser Preis erscheint jedoch viel zu hoch. In Übereinstimmung mit der Hausdeputation beantragt der Magistrat daher, der Einleitung des Enteignungsverfahrens zuzustimmen.

Stadt. Böde widerspricht dem, da bei solch kleinen Objekten doch eine Einigung erreicht werden müsse, um Prozesse zu sparen.

Baurat Lammer teilt mit, daß er beim Bau des Bankier Fischer der Preis von 150 Mk. pro Quadratmeter vorge schlagen worden sei und ihm schließlich sogar 200 Mk. geboten worden wären. Da er aber immer noch 280 Mk. forderte, bleibe nur Enteignung übrig.

Genosse Emmer teilt mit, daß Stadt. Böde der Ansicht sei, daß der Preis von 280 Mk. zu fordern vorge schlagen habe.

Stadt. Böde bestritt zwar, den Preis vorge schlagen zu haben, aber die Interessenverbindung war diesmal so offensichtlich, daß die Stadtväter ihren Kollegen trotz aller seiner Flehen abfallen lassen mußten. Der Enteignung wurde zugestimmt. Und die Moral von der Geschichte ist: hat sich schon ein Stadtvaterbestreben sich dazu hergeben, der solch kleinen Objekt für seinen Interessen ins Feuer zu geben, um wie vieles aber und öfter mühen bei großen Objekten sich Stadtvaterbestreben zur nächsten privaten Interessenvermittlung bereitstellen und drängen lassen. Das ist einer der Hauptgründe dafür, nicht irgendwelche im Interessesinn schwankende Einzelpersonen ins Stadtparlament zu wählen, sondern Parteipolitiker, die auf Grund ihrer Überzeugung stets nach bestimmten kommunalpolitischen Grundzügen ohne Ansehen der Personen stimmen müssen.

Für eine dringend notwendige Verkehrsverbesserung wirksam einzutreten hatten unsere Genossen Gelegenheit auf der Petition: Durch die der Verkaufsgemeinschaften Mittel, demnach zu wollen, daß von der Post- und Ausfallstrasse wenigstens ein Fußweg nach der Wolkestraße und dem Viktoriapark durchgeführt werde. Vom Bauausschuß zur Überlegung zur Erregung empfohlen, wobei mitgeteilt wurde, daß der Magistrat der Anlegung des Weges wohl zustimmen würde, da er nicht nur im öffentlichen, sondern auch im öffentlichen Interesse liege.

Stadt. Emmer fragte den Bauausschuß: wann es, wie weit die Angelegenheit, deren Beschleunigung zugesagt sei, gehen würde.

Baurat Lammer teilt mit, daß er den Weg für dringend nötig halte, und schon an die Landesregierung um Abtretung des Geländes schriftlich herangezogen sei. Antwort sei noch nicht eingegangen; er hoffe, daß er sie bald und in zufriedenem Sinne bekomme. Er würde die Sache dann energisch weiter betreiben.

Stadt. Osterburg meinte, daß der Verbindungsweg für die dortigen Strochener nicht so wichtig sei, daß die Stadtväter die Angelegenheit dem Magistrat nicht nur zur Erregung, sondern zur Berücksichtigung übergeben müßten. Er beantragte das.

Die Stadt. Kallmeyer, Schülze und Höflich stimmten dem zu, da schließlich etwas geschehen müsse.

Der Antrag Osterburg wurde deshalb mit großer Mehrheit angenommen. — Öffentlich bequem sei die Grundbesitzer nun baldig zur Abtretung des schmalen Landstreifens, der im Interesse des Verkehrs so dringend benötigt wird, der seine Debatte brachte — wie das vorzuschlagen war — die Vorlage über die

Neuregelung der Sonntagsruhe.

Die Magistratsvorlage haben wir bereits gestern veröffentlicht. Der Ausschuß hat daran noch eine wesentliche Verschlechterung vorgenommen, indem er den Mittagsstillstand für den Winter halt auf 1 Uhr auf 1 1/2 Uhr verlängern wollte. Die übrigen Änderungen — Streichung der Mittagsruhezeit für Winterhalbjahren und Fleisch — sind keine Fortschritte.

Stadt. Höflich sprach gegen die Vorlage. Er meinte, man müsse den Leuten bei jeder Gelegenheit geben, etwas zu verdienen. Manche Dinge würden eben nur Sonntags konsumiert und die müßte man dann auch kaufen können. Die Zeit, die dazu jedem Gelegenheit gebe, wäre die Mittagszeit. Er beantragte deshalb, mittags von 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr als Ruhezeit fürs ganze Jahr festzusetzen.

Der Großkapitän als Fürsprecher der kleinen Geschäftsleute zu hören, war sehr beifällig; es möchte aber sonst glücklicherweise gar keinen Einbruch.

Genosse Osterburg stellte den Antrag auf Durchführung der vollen Sonntagsruhe, für die sich, wie der Referent des Ausschusses ausgehen habe, auch bereits zahlreiche Unternehmer erklärt hätten. Die Widerspruch, die aus den verschiedenen Branchen gegen die Zeiteinteilung in der Magistratsvorlage erhoben werden, besäitige man am besten durch völlige Sonntagsruhe. Die Konsumvereine hätten sie bereits ohne Schaden durchgeführt. Was gebraucht wird, das muß gekauft werden, geht's nicht Sonntags, dann Wochentags. Ein Verbot für die kleinen Geschäftsleute ist bestimmt nicht zu erwarten. Im Gegenteil, die meisten werden froh sein, wenn sie den Sonntag über Ruhe hätten, das sei nicht genug. Schon in altererger Zeit hätte man sich über die Arbeitsschwere am Sonntag unterhalten. Nach der Bibel soll dabei die Frage aufgeworfen sein, was denn geschähe, wenn am Sonntag einmal ein Esel ins Wasser falle, ob man ihn nicht wieder herausholen dürfe. Er meinte, wenn sie solch den Esel ruhig liegen lassen, dann würde manche Esel weniger gemacht. Er erlaube bringen im Interesse der Angestellten, Hilfsarbeiter und kleinen Geschäftsleute, der völligen Sonntagsruhe zuzustimmen. Sollte der dahingehende Antrag aber doch fallen, so stelle er den Eventualantrag, nur die Zeit von 8 bis 9 1/2 Uhr als Verkaufszeit zuzulassen, damit wenigstens hinterher eine größere Erholungsperiode folge.

Stadt. Böde beantragte aus religiösen, ethischen und sozialen Gründen ebenfalls die völlige Sonntagsruhe.

Stadt. Kallmeyer stimmte den Ansichten der beiden Vordränger zu und machte sich besonders gegen Höflich, dem er nachsichtig, daß er von den Interessen der kleinen Geschäftsleute nicht vertriebe. Redner erwiderte zum Schluß, auf seinen Fall Höfliches Antrag anzunehmen. Weiter wie der Ausschuß dürfe man die Verkaufszeit keinesfalls ausdehnen.

Stadt. Böde hielt es für nötig, die Nähe der Reaktion, der interesselosen Reaktion, zu erheben. Patriotisch erklärte er, daß alle Geschäftsleute für völlige Sonntagsruhe seien, aber nur — bei reichsgerichtlicher Regelung. Eine seine Ausrede. Erst „fortschrittlich“ nach der Devise: Nicht ich, sondern die andern sollen die „Fortschrittler“ machen. Aber trotz dieser Methode glaubte Herr Böde noch von sich und seinen Kollegen behaupten zu können, sie hätten soziales Verständnis und Empfinden, denn sie hätten Ferien, verlängerte Mittagspause, schichtweise Sonntagsruhe und die freiwillige Arbeitsübernahme für Sonntage durchgeführt. — Die Angestellten werden das bei den Kollegen des Herrn Böde nachprüfen haben. — Herr Böde meinte dann weiter: Es sei doch auch ein großes Entgegenkommen, wenn er für die Geschäftsleute von 1 1/2 bis 1 1/2 Uhr fürs ganze Jahr eintrete. Die Mittagszeit freizugeben die Geschäfte für die Landwirtschaft, die sich an diese Zeit gewöhnt habe. Es würden Sonntags Millionenumsätze in Halle gemacht. Die Angestellten wollten auch nicht so sehr den freien Tag, sondern vor allem einen Tag einmal ausschalten können, was nach der Sommerarbeit besonders nötig sei. Und die Geschäftsleute hätten das gleiche Bedürfnis. Mit der Mittagsgeschäftszeit sei allen am besten gebient.

Stadt. Meyer schloß sich diesem Reaktionsteil Bödes an und er war dann so klug zu behaupten, Osterburg trete nur für völlige Sonntagsruhe ein, weil er möglichst viele selbständige Egidien vernichten würde.

Dieser Antwort wurden von Vorherer als ungehörig gerüdgewiesen.

Stadt. Rechner trat für die Vorschläge des Ausschusses als dem mindesten ein, was man annehmen müsse.

Genosse Osterburg gab nun dem Herrn Böde die verbindliche Antwort: Die Lokalität Wiedels in Ehren, aber wo es um Verdienen geht, da hört alles andere auf; bei Herrn Böde genau so wie bei allen anderen Unternehmern. Und deshalb ist die von ihm gerühmte freiwillige Sonntagsruhe doch nicht so etwas ganz gewöhnliches. In der ersten sozialen Erregung hätten die großen Firmen als Hauptstützende des Scheiterns der Vorlage in erster Linie mitzumüssen und dann seien sie von den Gewerkschaften unter gedrängt worden, so daß schließlich unter dem Druck der Arbeitslosigkeit die allgemeine Vereinbarung zustande kam. Und sich als Vertreter der Käufer hinzuwollen, habe Herr Böde kein Recht. Auger anderen großen Vereinigungen hätten auch die Jehntausenden von Gewerkschaften sich für die völlige Sonntagsruhe erklärt. Und damit wollten wir keineswegs keine Existenzen vernichten. Im Gegenteil, das befragen die Großkapitän und die großen Geschäftshäuser. Die kleinen Gewerbetreibenden werden das beifällig. Und jetzt zeigt es sich ja wieder an einem Beispiel. Die großen Firmen wollen den kleinen Geschäftsleuten der Umgebung nichts zumuten lassen, das ist liberale Willkürherrschaft, durch die die kleinen vernichtet werden. Lassen sie doch diesen kleinen auch etwas zumuten, indem sie für Halle die völlige Sonntagsruhe beschließen. Der Sozialdemokrat ist die Ent-

scheidung nicht für ihre Einwirkung hinderlich. Sie wächst ohne und mit Sonntagsruhe unaufrichtig. Wenn die Arbeiter aber für Sonntagsruhe sind, so fordern sie andererseits Sonnabends früher Schluß und Freitagsvorabend.

Stadt. Faatz sprach sich für vollständige Sonntagsruhe aus und möchte sich dann in längerer Ausführungen gegen den Stadt. Böde, der sich doch gar zu sehr am Liberalismus betriebe, betriebe.

Stadt. Rechner erklärte als kleiner Geschäftsmann gegenüber Herrn Böde, daß dieser nur eine kleine Gruppe vertrete. Die selbst hinter Böde befindlich tätigen Geschäftsleute seien für völlige Sonntagsruhe.

Stadt. Böde, der so von allen Seiten abgelehrt worden war, hüpfte sich nochmals in den Rebeckpfl. Er erklärte patetisch, daß er und seine Kollegen sich nicht von den Arbeitern einschüchtern ließen, so sehr sie sie schätzen und nicht nur die Warenhäuser sondern auch die Konsumvereine der Arbeiter ruinierten kleine Geschäftsleute. Er sei liberal und möchte nicht mißhandelt werden, aber zwei Stunden Geschäftszeit am Mittag sei doch nicht zu viel verlangt.

Nach einem Schlußwort des Referenten folgte jezt die Abstimmung. Es erklärten sich 13 Mitglieder für völlige Sonntagsruhe; sie ist also abgelehnt. Für 8 1/2 Uhr stillen 15 Mitglieder; auch dieser Antrag wurde damit gefallen. Für den Mittag Stillstand: mittags 1 1/2 bis 1 1/2 Uhr stimmten 16 Stadtväter, dagegen 80. Dagegen wurde angenommen der Antrag des Referenten und Verfassungsausschusses, die Geschäftszeit festzusetzen: 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr für den Sommer und 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr für den Winter.

Ein Antrag Emmer, die Sonntagsruhe ganz zu schließen, wurde abgelehnt und auf Antrag Döblers die Zeit von 8—9 1/2 Uhr freigegeben. Für die Zigarrenhandlung wurde die Vormittagsöffnung gestrichen und nur das Öffnen von 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr gestattet.

Eine Reihe anderer Änderungen sind unannehmlich. Das schmächtige Kompromiß wurde schließlich gegen die Stimme des Herrn Böde angenommen.

Jezt heißt: auf zum Kampf für die völlige Sonntagsruhe.

Debatte über folgende Vorlagen genehmigt: Die Erweiterung der Blauer Straße zwischen Wörth und Reiterstraße befindet sich in schädlichem Zustande. Der Teil von der Wörth bis zum Ringzugstraße ist aus Mitteln des laufenden Haushaltesplanes auszubehalten, während die Strecke zwischen Reiterstraße und Reiterstraße in Hinblick auf die fortschreitende Bebauung zweckmäßig definitiv ausgebaut wird. In Übereinstimmung mit der Stadtbauverwaltung erlaube der Magistrat die Stadterweiterung, sich mit dem Ausbau der legehenden Straße einverstanden zu erklären. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt. — Ein Projekt über Umänderung der Gleisanlage der beiden Straßenbahnlinien vor der Hauptpost ist landespolitisch genehmigt worden. Es ist die zur Regulierung und Kaufklärung des betreffenden Eisenbahnenverkehrs in Höhe von 12600 Mk. wurden aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Die Kosten werden später von den Mitliegern eingezogen und an die Anleihe zurückgeführt

berat ändern. Das die Mitglieder eine Vertretung er-
füllen und der Vorstand nur für die Straßenbahn bestimmt
wird, wie dies in den Straßen anderer Städte der Fall ist.
Das realistische Mittel wäre der Anlauf und Abbruch der ganzen
Säulenreihe zwischen der Großen Straße und der kleinen
Straße und Verziehung der an der südlichen Seite der Großen
Straße gelegenen Grundstücke. Eine solche Maßnahme wird
jedoch in absehbarer Zeit nicht nötig werden. Immerhin will
der Magistrat sich eine Veränderung der Richtlinien für die
Spielplatzfrage vorbehalten. Von diesen Ausführungen wurde
aufmerksam Kenntnis genommen.

Auf Antrag des Magistrats wurde die Pension des ehe-
maligen Feuerwehrenschröber in Höhe von 1066,87 Mk. nach-
träglich für 1913 nachabgemittelt. — Die Stadtverordnetenver-
sammlung stimmte dem zu, daß die ehemalige Dehloffsche Wiese
auf die drei Jahre vom 1. April 1913 bis 31. März 1916 für
den jährlichen Pachtzins von 30 Mk. pro Morgen an die Witwe
Lina Dehloff verpachtet wird. Der Pachtzins von 30 Mk. pro
Morgen wird auch von dem Schiffschiffhühnerhändler Meiters
und Werkzeughändler gezahlt. — Der Magistrat beschloß, dem
Bureauleiter Franz Wobus von 2. März 1913 ab ein
Wahrgeld von jährlich 384,50 Mk. zu bewilligen und von der
Rückgabe der Kriegswahrentscheine und der Kriegszulage Ab-
stand zu nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung gab ihre
Zustimmung.

In der geschlossenen Sitzung beschäftigte sich das
Kollegium mit der Anfrage Döblers über Direktor Schönten
und einer anderen internen Angelegenheit, über die wir aber
nicht berichten können, da in beiden Fällen Geheimhalt-
ung beabsichtigt worden ist.

„Neue Konturren in der Volksversicherung.“

Vertraulich! Mit diesem nicht unterzeichneten Vermerk
sandte die Versicherungs-Gesellschaft Jbuna die Mitteilungen für
den Monat Februar an ihre Vertreter ins Land, und die Zeits-
sige Volkszeitung ist in der Lage einiges daraus zu veröffent-
lichen. Um zu verhindern, daß diese Mitteilungen in unredliche
Hände kommen, wird von den Vertretern gefordert, daß sie
die Nummern der Mitteilungen sammeln und geschützt auf-
bewahren. Aber der Inhalt dieser Mitteilungen ist nicht ver-
traulich gedacht, denn die Jbuna weiß — eine feste Methode —
ihre Vertreter auszuwählen, den Inhalt weiter zu verbreiten.
„Einer fesse es denn abern, und jeder seine die Verantwortung
ab.“ Die Direktion der Jbuna will nicht verantwortlich sein für
die unmaßgeblichen Behauptungen, mit denen sie in dem Artikel:
Neue Konturren in der Volksversicherung gegen die Volks-
fürsorge behauptet.

In vielen Variationen wird in diesem Artikel die schon oft
als Rüge zurückgewiesene Behauptung wiederholt, die Volks-
fürsorge sei eine Gründung der Sozialdemokratie. Aber vor-
sichtigerweise gebraucht die Jbuna bei den einzelnen Veröffentli-
chungen die Worte:

„Man fürchtet einerseits, daß die sozialdemokratische
Partei durch die Gründung der neuen Versicherungs-Gesell-
schaft verführe, für eine Reihe von Kapitalisten und sonstigen
Führern der sozialdemokratischen Partei einträgliche Ämter
in der inneren und äußeren Verwaltung der neuen Ge-
sellschaft zu schaffen. Man fürchtet auch, daß die Ver-
waltung der neuen Gesellschaft ihre Berechtigung zur Ver-
sicherung über das Vermögen der Versicherungs-Gesellschaft
auf einer Verdrängung von Gewinnberechtigten ausüben
könnte.“

Die Einrichtungen der Volksfürsorge kennt die Jbuna
ganz nicht, sie sieht wie sie selbst sagt „vor einem Rästel“,
Freudham bekannt ist aber, daß die Volksfürsorge ihre Ver-
ordnungen nicht werden lassen können. Selbstverständlich wird
im gleichen Atemzuge die Jbuna als die beste Gesellschaft der
Welt gelobt. „Die Jbuna“, so heißt es, „ist bekanntlich eine
Gegenseitigkeit-Gesellschaft; alle Lebensrisiken fließen ausdies-
lich den Versicherten zu.“ Das scheint aber nicht ganz zu
stimmen, denn die große Konturren der Jbuna, die Berliner
Victoria, behauptet in der Januar-Ausgabe ihrer Monatsblätter,
daß die Ausgaben der Jbuna für Aktionärsdividenden, Pen-
sionen, Jünelohn an die Beamten und Bemannung von be-
sonderen Kosten bei einer Prämien-Einnahme von 5 198 000
Mk. auf 519 000 Mk., also rund 10 Prozent entfällt. Bei
seiner zweiten Gesellschaft erreichen diese Ausgaben eine
solche Höhe. Aber, nehmen wir an, die Victoria habe zu hoch
geschätzt, und hüben uns auf die, auch von der Jbuna nicht
berichtigten Zahlen im Ballmanns über die deutschen Lebens-
versicherungs-Gesellschaften im Jahre 1911, so ergibt sich, daß
die Jbuna 1911 keine Dividenden an Aktionäre resp. Garantien
bezahlt, wohl aber 112 283 Mk. Entnahmen an ihren Vorstand
und Aufsichtsrat. Das würde noch immer 2,16 Prozent der
Prämien-Einnahme sein.

Auch bezüglich der Verwaltungskosten ist die Jbuna teurer
als die großen Versicherungs-Aktiengesellschaften. Die
Victoria veranschlagt 24,1 Proz., die Friedrich-Wilhelm
20,8 Proz., die Jbuna dagegen 31,1 Proz. von der Prämien-
einnahme für Verwaltungskosten.

Leber den „großen Verkauf von Versicherungen“
gleitet die Jbuna mit den von uns schon gekennzeichneten
üblichen Entschuldigungen hinweg. Sie behauptet, daß bei
ihm der Verkauf von Versicherungen ohne Begründung ein ganz
unabweislicher ist. Nach den veröffentlichten Angaben der
Victoria für 1911 betrug dieser bei der Jbuna bei einem Ge-
samtabgang von 82 381 Versicherungen 49 860 = 79,95 Proz.

Wenn bei rund 80 Proz. der erlosenen Versicherungen die
Versicherten keinen Pfennig von ihren eingezahlten Prämien
zurückhalten, so gehört wirklich Courage dazu, den Vertretern
„vertraulich“ mitzuteilen: „Es kann unmöglich eine Ver-
sicherungsanstalt geben, welche günstiger sein kann als die
Jbuna.“

Aus den Mitteilungen der Jbuna erfahren wir dann noch,
daß aus der alten Jbuna eine neue entstanden ist — eine
Fertiger, Unfall-, Haftpflicht- und Kasko-Versicherungs-
Aktiengesellschaft. Durch den gemeinsamen Betrieb
beider Gesellschaften soll die Direktion die Verbilligung der
Verwaltungs-kosten herbeizuführen. Für die Volksversicherung
haben sich erfahrungsgemäß derartige „verwandtschaftliche“ Be-
ziehungen mit den anderen Versicherungsanstalten nicht be-
währt; der Verwaltungsapparat für die Volksversicherung hat
bis hierher immer nur verbilligt für die anderen Versicherungs-
anstalten nicht ungelehrt. Und dann noch eins: Sollen
bei der Rückversicherungs-Aktiengesellschaft Dividenden an die
Aktionäre gezahlt werden oder nicht? Wir vermuten, daß
Witwe Jbuna die Tochter Jbuna in die Welt gesetzt hat, um
ihre mit der Zeit ein recht hübsches Dividendenkonto zu schaffen.
Mit der heiligen Erreue ist bei Witwe Jbuna selber nicht
die Spur zu entdecken; handelt sie ihres Gartens Apfel
allen Göttern nach, sie hat sich in diesem Jahr schon einmal,
und zwar mit zwei Töchterlein verheiratet und mit beiden ein
Kind gezeugt.

Nun verbindet sie ihren Vertretern, vertraulich aus Scham-
gefühl, ganz vertraulich, daß sie keinem die Treue halten und
den Kindern eine Lehrgang geben will.

Die Jbuna gehört nämlich zu den Gründern der „natio-
nalen Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“; die
Jbuna hat sich ebenfalls dem vom Generaldirektor Dr.
Kapp gegründeten Kartell, dem Verband der deutschen
Volksversicherungs-Gesellschaften angeschlossen; sie wollte es
weder mit den Kämpen von Wap noch mit seinem Gegner Dr.
Kapp verderben. Und nun hören wir, was sie selbst darüber
ihren Vertretern zu melden hat:

„Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß auch die Jbuna
sich mit einem, allerdings nur sehr kleinen, Kapital an der
Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt hat.
Wir betonen aber ausdrücklich, daß wir nicht im geringsten
daran denken, hinsichtlich des Ausbaues unseres eignen
Volksversicherungsbetriebes irgendwie eine Veränderung ein-
treten zu lassen. Wir werden also insbesondere auch in
keiner Weise für die Deutsche Volksversicherungs-Akti-
engesellschaft arbeiten; die letztere vielmehr, ebenso wie die
Volksfürsorge, nur als eine Konturren-Gesellschaft betrachten,
mit der wir wie mit unseren anderen Konturren-Gesell-
schaften, soweit es sich um gemeinsame Interessen handelt, gute
Kameradschaft pflegen werden, die wir aber genau so als
Konturren betrachten werden, wie jede andere Gesellschaft.“

Das ist selbstdrückt, also den Vertretern zur besonderen
Beachtung empfohlen. Köstlich — nicht wahr? Aus jedem
Arbeiterentwurf würden Mitglieder, die erklären, nicht für,
sondern gegen den Verein arbeiten zu wollen, ausgeschlossen
werden. Aber — die Deutsche Volks- und das Kartell sind
Jungen — und Hochgeburten. Todtanz waren sie schon im
Mutterleib, verknüpft sind sie zur Welt gekommen. Die
Eltern lieben die häßlichen Kinder nicht, weil die Kinder nicht
die Schlämme; die Väter und Mütter werden alle, wozu Mutter
Jbuna sich jetzt schon unter „Strenger Disziplin“ bereit er-
klärt, bald Kinderkrank begeben, aber — die Volksfürsorge
wird dabei prächtig gedeihen.

* Der Freie gemischte und Frauenchor hatte am Sonnabend
im Volkshaus ein Konzert veranstaltet, das leider innerlich wie
außerlich mangelte; zu wünschen übrig ließ. Die Leistungen
waren nur dann loblich, wenn der Frauenchor für sich
sang. Auch hier wurde ein scharfer Kritiker an schärfster Aus-
sprache, fehlendem Rhythmus, mangelnder Kraft des Soprans
und zu wenig innerer Anteilnahme noch mangelnde, zu besten
für nötig erachtet. Aber man konnte wenigstens die vom
Frauenchor vorgetragene Lieber ohne direktes Kitzeln über
sich ergehen lassen. Der Gemischte Chor aber und gar die
Duette und Terzette waren so unlieblich, daß an ihnen selbst die
wohlmeinendste Kritik nichts, was verbesserungsfähig wäre,
entdecken konnte.

Und das Publikum scheint die Darbietungen auch bereits in
dieser Weise einzuschätzen. Das bewies der Besuch. Trotz des
abendspäteren Programms, das Frauenchor, gemischte
Chöre, humoristische Duette, Terzette und gar auch ein gemisch-
ter Chor mit Orchesterbegleitung bot, war der Saal leer ge-

blieben. Selbst der angelegentlichst Wall hatte die Zugkraft des
Veranstalters nicht verstärken können. Es scheint nur die
Angehörigen der Mitglieder gekommen zu sein. Dieser voll-
ständige Mißerfolg sollte den Leitern des Gemischten Chores
doch nur endlich klar gemacht haben, daß sie sich für die
auf einem falschen Wege befinden. An Stelle mit seinen fachen
leistungsfähigen Männerchören hat neben diesen nur noch ein
wirklicher Frauenchor ersten Ranges. Durch die
entworfene Idee wäre, daß das Konzert bewirkt. — Und wir
sind der Ansicht, daß ein reiner Frauenchor auch mehr An-
hänger hätte werbliche Mitglieder im gemischten Chöre
findet. Das gilt der Frauenchor dann entwickelt, so werden wir
von ihm in Gemeinschaft mit dem Männerchor große, wirk-
lich gute gemischte Chöre haben.

* Die Arbeitslosen-Untersuchung erobert sich eine Gemeinde
nach der anderen. In Würzburg beantragte die sozial-
demokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung, den Magi-
strat zu ersuchen, sich zur Frage der Arbeitslosenversicherung
zu äußern und in den nächsten — Etat nach dem Winter ver-
schiedener anderer Städte einen bestimmten Betrag einzusetzen.
Der Antrag wurde nach kurzer Aussprache angenommen.
In Breslau wird sich die Studienkommission für eine städtische
Arbeitslosen-Untersuchung mit einem ähnlichen
Antrage der sozialdemokratischen Mitglieder beschäftigen.

* Stadtkonzert. Auf das heute abend stattfindende Konzert des
Chevallerie-Regiments von Lompaui vergeblich und ein solches
große Konzert-, Deklamations- und Tanzvorträge fast des gesamt-
en Solopersonals sei nochmals eingeweiht. Wirttuch wird vor-
ausichtlich am letzten Male die interessante Schaulustigkeit
Schulden in Szene geben. Für Donnerstag steht die Oper Theodor
Körner von Alfred Kröner zum letzten Male auf dem Spielplan.
Sonnabend, 1. März, wird die Oper Die Schöne von
Günther Schuppius aufgeführt werden, das am Freitag seinen
Benehmen. Ueblaide, Das Lied von der Glocke mit lebenden
Bildern, und die Operette Flotte Fische so lauter das Programm
des Abends. Sonnabend 7. Male: Jüdischer. Das Son-
derabend für die Gesamtanfänger von Richard Wagner's
Ring des Nibelungen bei vollständigen Breiten wird in einigen
Tagen geschlossen werden, worauf Interessenten noch beten-
aufmerksam gemacht seien.

* Zirkus Althoff. Man schreibt uns: Ein Zirkusausflug
von großer Bedeutung wird in nächster Zeit in Halle statt-
finden. Zirkus Herrn Althoff, ein in den Großstädten rühm-
lich bekanntes Nierenunternehmen, wird in unserer Stadt
ein fünfzigiges Jubiläum feiern.

* Straßensanktionen. Am Eszterplatz wurde heute früh ein
Arbeiter von einem Offizier überrollt. Da er einen Helm
verloren hätte, mußte ihn der Beamtenwagen in die Stra-
ße werfen. — In der Nähe des Rathauses wurde ein
Steinfestsetzung von einem Lastwagen angefahren und
leicht verletzt. — Durch die Unvorsichtigkeit eines Dienstmäd-
chens wurde aus dem dritten Stockwerk eines Grundstücks der
Dr. Ulrichstraße ein Eimer Wasser nach der Straße geschüttet.
Ein Teil des Wassers ergoß sich über einen vorbeifahrenden mit
Baketen beladenen Lastwagen. Der Fahrer bekam einen
Eimer voll Wasser in der Nase. Der Fahrer wurde in einigen
Minuten von der Bremse gegen eine Sperre gebremst. Der Last-
fahrer kam mit einigen Hautabwühlungen davon, während
das vordere Rad vollständig zerborsten wurde.

Landtagswähler des Saalfreies.

Geht die Wählerlisten ein, die auch in den nachbezeichneten
Orten überall vom 16. bis 18. April beim Gemeindevorsteher
ansliegen. Wer verzeichnet ist, wende sich an folgende Ge-
nossen:

- In Büschdorf an Genossen Richter.
- In Schöneitz an Genossen Künzel.
- In Lettin an den Bahnhof zur Erholung und den Ge-
nossen Maurer Franz Döhne.
- In Zeitz, Gröbisch und Wobitz an Genossen Otto Dertel.
- In Döllnitz an Genossen Friedrich Schumann.
- In Amstutzsch an Genossen Lagerhalter Kaufe.
- In Brudersdorf an Genossen Lagerhalter Kofsch.
- In Dieskau an Genossen Lagerhalter Silberberg.

Aus den Gerichtssälen.

Estrammer.

Umfangreiche Diebstähle von Kupferdraht wurden im De-
zember v. J. und im Januar d. J., Februar d. J. an Leitungen
bei Scheibitz, Dieskau und Döllnitz bei Halle beanagt. Die
Ereignisse am 6. März v. J. an längerer Aufhängen herbeizuführen
Kleider für Weupert und Friedrich Stab erhielten für
diese Diebstähle Strafzinsen von je einem Monat, weil
sie von der Aufhängen-Geleisebahn bei Scheibitz Draht abge-
schliffen hatten. — Nachdem hatten sich die Danneleute Hugo
Wüller und Karl Straube, sowie die Arbeiter Karl
Schneiber und Oswald Hiltig von hier ebenfalls mehr
solcher Diebstähle an verantworten. Sie waren an den Dieb-
stählen beteiligt, bei denen in Döllnitz und Dieskau Kupfer-
draht im Werte von 180 Mk. gestohlen worden ist. Der Draht
ist an einen hiesigen Rohprodukt-Händler verkauft und dann
sogar zerstückelt worden. Seine Ungefälligkeit behaupten,
von ihrem Vornehmer zu den Diebstählen angeleitet wor-

Rheinperle
Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften.
Feinster Molkereibutter gleich Überall erhältlich

Jürgens & Prinzen G. m. b. H., Gsch. (Hild.)
Fabrikanten der altherrlichen Marke SOLO

Sie bilden sich ein
neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil ge-
waschen haben, so blendend weiß, frisch und duftig
ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung,
billig im Gebrauch und absolut unschädlich

unter Garantie!
Unverletzt erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der große Erfolg!

HENKEL & CO., DÜSSELDORF
Nächste Fabrikanten der Einzelheiten

Henkel's Bleich-Soda.

Richard Flemming
Salle a. S. Schmeerstraße 22
Zweigstraße: Reiffstraße 129
(Gasse Atonstraße)
Pöhlische Wäsche
Georg Busch, Wäsche Betrieb

Alle Farben u. Lacke
kaufen Sie billigst bei
Max Ott, Steinweg 26.

Grosses Federbett, rot gestickt, für
10 Mk. 10 Mk. 10 Mk.
kaufen Wolldecken 16, 1. 1. 264

Würmer
nebt Blut beständig ficher
Wurmermittel
Bauhof-Apothekens-Bahnhof
Krausschlacht, Würmer
in bekannter Göße.
Größe 5,5 lhr.
Krausschlacht, Würmermittel
247 vorm. Reichs-Postamt.

